Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1426

# Dringliche Mündliche Anfragen

## gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 17. Februar 1967

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

| | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)** | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, nachdem in den letzten Tagen erkennbar geworden ist, daß die Verhandlungen mit dem Berliner Senat über die Rückerstattung der von den ostberliner Stellen erhobenen Strassenbenutzungsgebühren für Transporte im Berlin-Verkehr zu keinem Ergebnis geführt haben? |
| 2. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)** | Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die jetzt praktizierte Regelung, nach der in Berlin ansässige Transportunternehmen die Straßenbenutzungsgebühren zu 100%, dagegen westdeutsche Unternehmen nichts erhalten, beibehalten werden kann? |
| 3. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)** | Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß bereits zahlreiche westdeutsche Transportunternehmen entgegen ihren sonstigen wirtschaftlichen Interessen zu Betriebsverlegungen nach Berlin gezwungen werden, um dadurch die volle Erstattung der Gebühren zu erlangen? |

Bonn, den 16. Februar 1967

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51